



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Gegenstand der Untersuchung	1
B. Gang der Darstellung.....	2
C. Zielsetzung dieser Arbeit.....	4
Kapitel 1: Die Ideologie und die Gesellschaft als Fundamente der gesellschaftlichen Gerichte	5
A. Die marxistisch-leninistische Rechts-und Staatsideologie in der DDR.....	5
I. Die Entwicklung und der Gegenstand der Ideologie	5
II. Die Stellung der Ideologie in der DDR.....	6
B. Die Ideologie als Basis der gesellschaftlichen Gerichte	8
I. Die Mitwirkung des Volkes	8
II. Die Rolle von Konflikten in der Ideologie.....	9
C. Die Gesellschaft als Basis der gesellschaftlichen Gerichte	13
I. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Gerichte.....	13
1. Die Wohngebiete in Städten und Gemeinden.....	13
2. Die Betriebe	15
II. Die Entwicklung des Einbeziehungsprinzips.....	17
III. Die verfassungsrechtliche Legitimation.....	19
D. Würdigung.....	20
Kapitel 2: Die Entwicklungsphasen der gesellschaftlichen Gerichte und deren Stellung im sozialistischen Rechtspflegesystem	22
A. Die ideologischen Grundsätze der Rechtspflege	22
I. Der Grundsatz der sozialistischen Gesetzlichkeit	22
II. Der Grundsatz vom Demokratischen Zentralismus	24
III. Der Grundsatz vom Primat der Politik.....	25
1. Die Stellung des Rechts in der DDR	26
2. Das Verhältnis des Rechts zur Politik in der DDR.....	29
B. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Gerichte.....	30
I. Die Entwicklung der Konfliktkommissionen.....	30
1. Die historische Entwicklung der Konfliktkommissionen.....	30
2. Die Entwicklung der Konfliktkommissionen in der DDR	33
II. Die Entwicklung der Schiedskommissionen.....	36



1.	Die historische Entwicklung der Schiedskommissionen	36
2.	Die Entwicklung der Schiedskommissionen in der DDR.....	38
III.	Die Entwicklung der gesellschaftlichen Gerichte in der DDR	39
C.	Die rechtliche Einordnung der gesellschaftlichen Gerichte	42
I.	Der Gerichtsaufbau der DDR.....	42
1.	Der sozialistische Gerichtsaufbau.....	42
2.	Die vertikale Vernetzung der Gerichte	43
II.	Die Wandlung der Einordnung	46
Kapitel 3:	Gesellschaftliche und parteipolitische Beweggründe für die Errichtung der gesellschaftlichen Gerichte.....	49
A.	Die Erhöhung der Akzeptanz im Volk.....	49
B.	Die prozessökonomischen Gründe	52
I.	Die funktionellen Gründe.....	53
II.	Die Entlastungswirkung für staatliche Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei durch die gesellschaftlichen Gerichte	58
C.	Die Prägung des sozialistischen Rechtsbewusstseins der Bürger	61
D.	Der Erziehungsgedanke.....	63
I.	Die Erziehung der beteiligten Bürger	65
II.	Die Selbsterziehung der Mitwirkenden und die Erziehung des Umfeldes	67
E.	Die Demonstration von Einheit zwischen Volk und Staat.....	68
F.	Der Kampf gegen Kriminalität als Hemmnis des Sozialismus	69
Kapitel 4:	Das Verfahren vor den gesellschaftlichen Gerichten in der sozialistischen Praxis.....	75
A.	Die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Gerichte	75
I.	Die Wahl und Bildung der gesellschaftlichen Gerichte.....	75
II.	Die Eigenschaften und Stellung der Kommissionsmitglieder	76
B.	Die Aufgabenstellung an die gesellschaftlichen Gerichte.....	78
I.	Die Aufgaben der Rechtsprechungsorgane der DDR	78
II.	Die Aufgaben der gesellschaftlichen Gerichte der DDR.....	80
1.	Die Aufgabendefinition durch das GGG (1968)	81
2.	Die Aufgabendefinition durch das GGG (1982)	81
C.	Die sachliche Zuständigkeit der gesellschaftlichen Gerichte	83
I.	Die sachliche Zuständigkeit der Konfliktkommissionen	83



II. Die sachliche Zuständigkeit der Schiedskommissionen	84
III. Die einzelnen Zuständigkeitsbereiche der gesellschaftlichen Gerichte	85
1. Die strafrechtliche Zuständigkeit.....	85
a) Vergehen	85
b) Verfehlungen.....	86
c) Ordnungswidrigkeiten.....	86
2. Schulpflichtverletzungen	87
3. Einfache zivilrechtliche Streitigkeiten.....	87
4. Arbeitsrechtsstreitigkeiten	89
IV. Kollidierende sachliche Zuständigkeit.....	91
D. Die örtliche Zuständigkeit der gesellschaftlichen Gerichte.....	91
I. Die örtliche Zuständigkeit der Konfliktkommission.....	91
II. Die örtliche Zuständigkeit der Schiedskommission.....	91
E. Das Verfahren vor den gesellschaftlichen Gerichten.....	92
I. Das Verfahren vor den gesellschaftlichen Gerichten als notwendiges Vorverfahren	92
II. Die Einleitung des Verfahrens	93
1. Die Einleitung des Verfahrens auf Antrag.....	93
2. Die Einleitung des Verfahrens durch Übergabe	96
a) Vergehen	96
aa) Keine erhebliche Gesellschaftswidrigkeit der Handlung des Bürgers	96
bb) Wirksame erzieherische Einwirkung auf den Bürger	98
cc) Vollständige Aufklärung des Sachverhalts	99
dd) Geständnis des Rechtsverletzers	100
ee) Inhalt der Übergabeentscheidung.....	100
b) Verfehlungen.....	102
c) Ordnungswidrigkeiten.....	102
III. Der Ablauf des Verfahrens.....	103
1. Die Vorbereitung der Beratung	103
2. Die Durchführung der Beratung	106
3. Die Beschlussfassung	110
a) Inhalt des Beschlusses.....	110
aa) Einigung und Streitentscheidung	110
bb) Erzieherische Maßnahmen	112



cc) Ausspruch von Empfehlungen	118
b) Durchführung des Beschlusses	120
aa) Maßnahmen zur Verstärkung der Wirksamkeit	121
bb) Durchsetzung der Maßnahme durch Vollstreckbarkeitserklärung.....	121
F. Die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gerichte mit staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen.....	122
I. Die Schiedskommissionen in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen	123
1. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Gerichten.....	123
2. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten und den Ausschüssen der Nationalen Front	125
II. Die Konfliktkommissionen in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen	126
1. Die Zusammenarbeit mit den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen	126
2. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsleiter	127
3. Die Zusammenarbeit mit den Kreis- und Bezirksvorständen des FDGB.....	128
4. Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	128
G. Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der gesellschaftlichen Gerichte	129
H. Die Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte außerhalb der Beratungen.....	130
Kapitel 5: Die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Gerichte nach 1989 und deren Funktionsnachfolger in der Bundesrepublik Deutschland.....	134
A. Die Situation der gesellschaftlichen Gerichte nach dem Ende der DDR 1989 bis zum Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland 1990.....	134
B. Die Funktionsnachfolger der gesellschaftlichen Gerichte	135
I. Die Schiedsstellen der Gemeinden als Nachfolger der Schiedskommissionen	135
II. Die Schiedsstellen für Arbeitsrecht als Nachfolger der Konfliktkommissionen	139
C. Mediation	142
I. Grundlagen des Mediationsverfahrens.....	143
II. Vergleich mit dem Verfahren vor den gesellschaftlichen Gerichten	144
Kapitel 6: Gesamtwürdigung	150